



Für Jugendliche lauern viele Gefahren auf Smartphones und in den sozialen Medien: An Schulen hat «Digitalität» grosse Relevanz. Smartphone-Verbote werden deshalb immer wieder diskutiert. **Symbolbild** WB

# Smartphones an Schulen auf dem Prüfstand

**REGION** Die Schüpfheimer Mitte-Kantonsrätin Gabriela Schnider reichte einen Vorstoss über die Prüfung eines Smartphone-Verbots an den Luzerner Volksschulen ein. Notwendig oder kontraproduktiv? Ein Experte und ein Schulleiter ordnen ein.

von **Hubert Stäger**

«Zahlreiche Studien und wissenschaftliche Abhandlungen belegen eindringlich, dass die negativen Auswirkungen von Smartphones auf Kinder und Jugendliche grösser sind als bisher angenommen», begründet Gabriela Schnider ihre Anfrage und fügt den Bestseller «Generation Angst» aus der Feder des amerikanischen Sozialpsychologen Jonathan Haidt als Quelle an. In ihrem Vorstoss hält die Politikerin weiter fest: Die unterschiedliche Handhabung an Schulen führe «oft zu Missverständnissen und unnötigen Diskussionen». Noch liegt die Antwort der Kantonsregierung auf die Anfrage nicht vor.

## Soziale Medien: Fluch und Segen zugleich

Welche Gefahren lauern auf den Smartphones und in den sozialen Medien? «Aus der Sicht der Suchtprävention ist eine suchtmännliche Nutzung problematisch», sagt Adrian Schuler, Fachperson Prävention im Ressort Jugend bei «Akzent Prävention und Suchttherapie». Konkret beziehen sich die Süchte auf Social Media, Videogames, Pornografie oder Glücksspiel. Daneben zeigen sich bei Jugendlichen weitere Gefahren wie die Radikalisierung, Cybermobbing, Sexting (Verbreitung erotischer Fotos von sich) oder Cybergrooming (Pädokriminalität), um nur einige zu nennen. Er betont gleichzeitig: «Wir dürfen nicht vergessen, dass digitale Medien gerade im Jugendalter auch Schutzfaktoren fördern.» So könne die Identitätsentwicklung vorangetrieben werden, Jugendliche profitieren vom freien Zugang zu Informationen und Lerninhalten oder können ihre Kreativität ausleben. Aber: «Es ist wichtig Jugendliche, die sich risikohaft verhalten, früh zu erkennen». Und wie erkennt man Betroffene frühzeitig? «Wenn analoge Aktivitäten oder soziale Kontakte systematisch vernachlässigt werden, um sich im digitalen

Raum aufzuhalten, schrillen bei mir die Alarmglocken», antwortet Schuler.

## Schulen in der Schlüsselrolle: Klare Regeln und Kommunikation

Die Schule habe einen grossen Einfluss auf die Smartphone-Nutzung ihrer Schülerschaft. «Sie können mit klaren Regeln eine angemessene Kultur im Zusammenhang mit dem Smart-

*«Ein generelles Verbot finde ich nicht förderlich.»*

**Adrian Schuler** Fachperson Prävention im Ressort Jugend bei «Akzent Prävention und Suchttherapie»

phone-Gebrauch schaffen», so Adrian Schuler. Zentral sei zudem die Kommunikation mit den Eltern. Eine klare Handhabung der Schule, die Stärkung der Eltern-Lehrperson-Kommunikation und eine Sensibilisierung der Lehrkräfte und der Schulsozialarbeiter seien deshalb probate Instrumente,

um der Problematik zu begegnen. «Unterstützend wirken auch klare Handlungsabläufe in Schulen, welche bei einer risikobehafteten Nutzung von den Lehrpersonen genutzt werden können.» Dies schaffe Klarheit für Eltern, Schule und Schülerinnen sowie Schüler. Ebenfalls wichtig: altersgerechte Regelungen. Dabei sind temporäre und lokale Verbote eine Option. Nicht aber ein generelles.

«Ein generelles Verbot finde ich nicht förderlich», gibt Schuler zu Protokoll. «Denn Jugendliche sollen Medienkompetenzen und einen angemessenen Gebrauch mit den sozialen Medien lernen.» Es sei paradox, sich am unangemessenen Gebrauch zu stören und gleichzeitig keinen Raum offenzulassen, indem die Jugendlichen den Umgang mit Smartphones, Laptop und Co. lernen können. «Es ist eine Herausforderung für alle. Doch das langfristige Ziel ist es, die Jugendlichen zu medienkompetenten Erwachsenen auszubilden.»

Obwohl sich Adrian Schuler gegen ein generelles Verbot ausspricht, begrüsst er die erwähnte Anfrage der Mitte-Politikerin. Oder viel eher die Diskussion, die ein solcher Vorstoss

auslöst. «Solche gesellschaftlichen Diskurse sind immer ein Gewinn.» Er sei selber sehr gespannt, wie sich die Regierung zur Thematik äussere. Und: In seiner Arbeit könnte er beispielsweise von einheitlichen Regelungen für die Beratung profitieren – kann die Stellungnahme der Regierung auch für die Luzerner Volksschulen bereichernd sein?

*«De facto sind wir nicht weit von einem Verbot entfernt.»*

**Peter Bigler** Schulleiter an der Schule Schötz und Präsident des kantonalen Schulleiterverbandes

## Der Status quo: «Eine absolut praktikable Lösung»

«Die Digitalität ist eine allgegenwärtige gesellschaftliche Thematik», sagt Peter Bigler, Schulleiter in Schötz und Präsident des kantonalen Schulleiterverbandes. Insofern sei es gewinnbringend, dass im Kantonsrat darüber gesprochen

werde. Für die konkreten Inhalte der Anfrage der Mitte-Politikerin hat der Schulleiter aber weniger Verständnis. So schreibt die Schüpfheimerin etwa in einer Medienmitteilung: «Eine kantonale Vereinheitlichung an allen öffentlichen Schulen wäre hier sicherlich hilfreich.» Geht es nach Bigler, stützen die Regelungen an Luzerner Volksschulen aber schon auf einheitlichen Bestimmungen. Konkret, auf dem Nutzungsreglement Digitalität der Dienststelle Volksschulbildung (DVS) und dem Merkblatt «Problemfall Handy».

So basiert auch die Regelung in Schötz auf diesem Reglement und Merkblatt. Dort dürfen Smartphones weder sichtbar noch hörbar sein. Dies gelte auch in den Pausen. Verstösst man gegen die Bestimmungen, wird das Smartphone eingezogen und erst am Abend retourniert. «De facto sind wir nicht weit von einem Verbot entfernt.» Ausnahme der Regel: Wenn das Smartphone zum Erstellen von Inhalten verwendet wird oder die Lehrperson die Erlaubnis erteilt. «Smartphones und Laptops sind didaktische Hilfsmittel», hält Peter Bigler fest und mahnt gleichzeitig. «Ihr Einsatz muss jedoch genau geplant und gezielt sein. Denn alles, was digital ist, gibt Raum für Ablenkung.» Im Grossen und Ganzen sei die jetzige Handhabung an den Volksschulen «eine absolut praktikable Lösung.»

## Digitalität: An Schulen ein Dauerthema

Dranbleiben und fortlaufend ansprechen – das ist Biglers Rezept. «Es ist ein Dauerthema.» So seien Präventionsveranstaltungen gang und gäbe. Etwa kläre die Polizei die Klassen jeweils über rechtliche Aspekte in Bezug auf Cybermobbing auf. Und generell gilt: «In einem ersten Schritt suchen wir jeweils den Dialog mit den Schülern und Schülerinnen.» Wichtig sei, das Einverständnis der Schülerschaft einzuholen und ihnen Regeln klar zu vermitteln. «Falls das nicht klappt, holen wir in einem zweiten Schritt die Eltern mit ins Boot.» Ein generelles Verbot lehnt Peter Bigler ab. «Die Volksschulen haben den richtigen Weg schon eingeschlagen.» Verbote würden zudem Reize schaffen, Regeln zu brechen. Auch an der konsequenten Umsetzung zweifelt er – «Smartphones sind allgegenwärtig».

Adrian Schuler und Peter Bigler sprechen sich also deutlich gegen ein generelles Verbot aus. Wie sich die Regierung positioniert, bleibt abzuwarten.

## Ein Anstieg der riskanten Nutzung

**STUDIEN** Eine europaweite Studie der über das «Gesundheitsverhalten bei Kindern im schulpflichtigen Alter» berichtet über 7.1 Prozent der 11- bis 15-Jährigen, die eine «problematische Nutzung von sozialen Netzwerken» pflegen. Die Autorenschaft konnte einen signifikanten Anstieg zwischen 2018 und 2022 feststellen.

Besser untersucht ist die Problematik bei Personen ab 15 Jahren. Laut der Schweizerischen Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2022 sind 6.8 Prozent ab 15 Jahren von problematischer oder risikoreicher Bildschirmnutzung betroffen – das entspricht etwa 500 000 Personen. Im Vergleich zum Jahr 2017 (3.8 Prozent) nahm die Anzahl der Betroffenen zu – eine mögliche Ursache für den grossen Anstieg ist die Covid-19-Pandemie. Dass die stärkere gesellschaftliche Sensibilisierung zu einer höheren Selbsteinschätzung führte, eine andere.



Rund 500 000 Personen sind schweizweit von problematischer oder risikoreicher Bildschirmnutzung betroffen. **Symbolbild** pixabay

Die höchsten prozentuale Anteile an Personen mit problematischer und risikoreicher Bildschirmnutzung konnten bei den 15- bis 24-Jährigen (22.2

Prozent) und den 25- bis 34-Jährigen (11.7 Prozent) ausgemacht werden. Das Geschlechterverhältnis ist ausgeglichen. **hub**